

Beschluss zur Ausweisung des Net Zero Valley Lausitz

I. Beschluss

Der Freistaat Sachsen, vertreten durch das Sächsische Staatsministerium für Wirtschaft, Arbeit, Energie und Klimaschutz (SMWA) und das Land Brandenburg, vertreten durch das Ministerium für Wirtschaft, Arbeit, Energie und Klimaschutz des Landes Brandenburg (MWAEEK)¹ beschließen gemäß Artikel 17 Absatz 1 der Verordnung (EU) 2024/1735 (im Folgenden „Net Zero Industry Act“ – „NZIA“) auf der Grundlage des in beiden Ländern am 16.03.2025 seitens der Stadt Cottbus und des Landkreises Görlitz als Vertreter der Task Force Net Zero Valley Lausitz eingereichten Antrags und des Plans in der Fassung vom 6. November 2025 ein Beschleunigungstal für Netto-Null-Technologien mit der Bezeichnung „Net Zero Valley Lausitz“ (NZVL).

Im Einzelnen

a) Festlegung eines eindeutigen geografischen und technologischen Bereichs

Das Net Zero Valley Lausitz entspricht der Gebietskulisse des Lausitzer Reviers nach § 2 Investitionsgesetz Kohleregionen (InvKG).

Im Freistaat Sachsen:

- Landkreis Bautzen
- Landkreis Görlitz

Im Land Brandenburg:

- Landkreis Elbe-Elster
- Landkreis Oberspreewald-Lausitz
- Landkreis Dahme-Spreewald
- Landkreis Spree-Neiße
- kreisfreie Stadt Cottbus

Entsprechend dem im Plan für das Net Zero Valley Lausitz beschriebenen Zielbild (Clean Power Circle) bezieht sich der festgelegte technologische Bereich gemäß Artikel 4 Absatz 1 Buchstabe c), e), h) und m) NZIA auf folgende Netto-Null-Technologien (NNT):

- Batterie- und Energiespeichertechnologien,
- Wasserstofftechnologien, einschließlich Elektrolyseure und Brennstoffzellen,
- Stromnetztechnologien, einschließlich elektrischer Ladetechnologien für den Verkehr und Technologien zur Digitalisierung des Netzes,
- energiesystembezogene Energieeffizienztechnologien, einschließlich Wärmenetztechnologien

Auf Antrag können SMWA und MWAEEK die Auswahl dieser Netto-Null-Technologien bei entsprechender Begründung durch eine Ergänzung zum Ausweisungsbeschluss anpassen.

In Bezug auf die Umweltauswirkungen oder -verpflichtungen gemäß Artikel 4 Absatz 7 der Richtlinie 2000/60/EG, Artikel 9 Absatz 1 Buchstabe a der Richtlinie 2009/147/EG, Artikel 6 Absatz 4 und Artikel 16 Absatz 1 der Richtlinie 92/43/EWG und den Rechtsakten der Union über die Wiederherstellung der Natur werden Projekte zur Fertigung von Netto-Null-

¹ Der Net Zero Industry Act (NZIA) ist eine unmittelbar geltende Rechtsverordnung der Europäischen Union. Die Zuständigkeit für den Vollzug unmittelbar geltenden Unionsrechts liegt analog Art. 83 GG bei den Ländern. Im Freistaat Sachsen und im Land Brandenburg fällt dies jeweils in die Ressortzuständigkeit des SMWA bzw. MWAEEK.

Technologien in Tälern in der Union als Vorhaben von öffentlichem Interesse betrachtet und können als Vorhaben mit übergeordnetem öffentlichen Interesse und als der öffentlichen Gesundheit und Sicherheit dienend angesehen werden, sofern alle in diesen Rechtsakten festgelegten Bedingungen erfüllt sind. Dies gilt für Projekte, die die gemäß diesem Beschluss unter a) aufgeführten Technologiebereiche betreffen und die auf den unter b) berücksichtigten Fokusflächen realisiert werden sollen.

b) Berücksichtigung von Flächen, die künstliche und bebaute Flächen, Industrieareale und Industriebrachen umfassen

Folgende Fokusflächen sind für das Valley vorgesehen:

- Industriepark „Schwarze Pumpe“, Spremberg und Spreetal (Brandenburg, Sachsen)
- Industrie- und Gewerbegebiet Teicha, Rietschen (Sachsen)
- Industrie- und Gewerbegebiet „Am Güterbahnhof“, Horka (Sachsen)
- Erweiterung Industriegebiet Ost, Weißwasser/Oberlausitz (Sachsen)
- Industrie- und Gewerbegebiet „Am Flugplatz“, Rothenburg/Oberlausitz (Sachsen)
- Erweiterung Industrie- und Gewerbegebiet Ostritz, OT Leuba (Sachsen)
- Logistik und Industriezentrum Lausitz, Forst/Lausitz, (Brandenburg)
- Industrie- und Gewerbepark „Green Areal Lausitz“ (GRAL), Jänschwalde (Brandenburg)
- Industriegebiet Guben Süd, Guben (Brandenburg)
- Industrie- und Gewerbepark „Massen-Niederlausitz“, Massen-Niederlausitz (Brandenburg)
- Industrie- und Gewerbegebiet „Am Spreewalddreieck“, Lübbenau/Spreewald (Brandenburg)

Gemäß Artikel 18 Absatz 4 NZIA wird bei Projekten zur Fertigung von Netto-Null-Technologien in Tälern davon ausgegangen, dass sie zur Versorgungssicherheit in Bezug auf Netto-Null-Technologien in der Union beitragen und daher Vorhaben von öffentlichem Interesse sind.

Synergien zwischen der Flächenkulisse und Beschleunigungsgebieten für erneuerbare Energien gemäß der Richtlinie (EU) 2023/2413 des Europäischen Parlaments und des Rates bestehen nach gegenwärtigem Stand nicht.

Auf Antrag können weitere Fokusflächen in der Gebietskulisse des Net-Zero-Valley Lausitz in den Plan aufgenommen werden, sofern folgende Voraussetzungen erfüllt sind:

- die Fläche muss für die Ansiedlung von Netto-Null-Technologien geeignet sein und die Aufnahme der Fläche muss zu den Zielen des Net Zero Valley Lausitz beitragen,
- die für die Fläche erforderlichen Umweltprüfungen, einschließlich der Beteiligung der Öffentlichkeit und der Träger öffentlicher Belange sind vollständig abgeschlossen und im Ergebnis der Prüfungen sind keine erheblichen Umweltauswirkungen zu erwarten,
- es liegt die schriftliche Zustimmung des Flächeneigentümers und des zuständigen Landkreises bzw. der zuständigen kreisfreien Stadt vor.

Die Prüfung und Entscheidung über die Aufnahme weiterer Fokusflächen obliegt den zuständigen Stellen auf Landesebene im SMWA und im MWA EK.

c) Umweltprüfung

Nach Artikel § 17 Absatz 2 Buchstabe c) NZIA unterliegt der Beschluss einer Umweltprüfung.

Es wurde eine Strategische Umweltprüfung (SUP) nach §§ 33 ff. und § 39 Absatz 4 Gesetz über die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP) in Verbindung mit dem Vertragsgesetz zur

Deutsch-Polnischen Vereinbarung über Umweltprüfungen (DE-PL UVP/SUP-Vereinbarung) einschließlich Beteiligung der Öffentlichkeit und der Träger öffentlicher Belange für die unter b) genannten Fokusflächen durchgeführt. Daraus möglicherweise entstehende Erleichterungen gelten damit nur für diese Flächen.

Die Ergebnisse der SUP wurden im Umweltbericht sowie in der zusammenfassenden Erklärung dokumentiert und mit der Synopse veröffentlicht. Der Umweltbericht ist in den Plan für das Net Zero Valley Lausitz mit aufgenommen worden.

Auf den im Plan ausgewiesenen Flächen ist die Inanspruchnahme von Natur- und Landschaft auf das für die Realisierung der Ansiedlungsvorhaben zwingend erforderliche Maß zu beschränken.

Soweit für die Realisierung der im Plan genannten Maßnahmen weitere Umweltprüfungen, Verfahren und Genehmigungen erforderlich sind, werden diese durch den Ausweisungsbeschluss nicht ersetzt. Dies gilt ebenso für eine gegebenenfalls erforderliche Raumverträglichkeitsprüfung nach § 15 Raumordnungsgesetz (ROG), die in Abhängigkeit von der konkret auf einer der Fokusflächen vorgesehenen Planung oder Maßnahme im Einzelfall durchzuführen wäre.

II. Plan

Gemäß Artikel 17 Absatz 3 NZIA ist dem Beschluss zur Ausweisung eines Tals ein Plan beizufügen, in dem konkrete nationale Maßnahmen zur Steigerung der Attraktivität des Tals als Standort für Fertigungstätigkeiten festgelegt sind und der mindestens die folgenden wirtschaftlichen und verwaltungstechnischen Förderprogramme umfasst, um

- a) die Entwicklung der erforderlichen Infrastruktur im Tal zu erleichtern,
- b) private Investitionen im Tal zu unterstützen,
- c) eine angemessene Umschulung und Weiterbildung der Arbeitskräfte vor Ort zu erreichen,
- d) Informationen über das Tal gemäß Artikel 7 online zugänglich zu machen.

Der Plan zum Net Zero Valley Lausitz ist Bestandteil des Beschlusses und diesem als Anlage beigelegt. Dieser dient zur Steigerung der Attraktivität im Valley. Aufbau und Inhalt entsprechen den Vorgaben des Net Zero Industry Act.

Der Plan umfasst ausschließlich bestehende bzw. bereits geplante Maßnahmen. Deren Umsetzung erfolgt ausschließlich in den bestehenden Verwaltungs- und Genehmigungsverfahren. Der Plan für das Net Zero Valley Lausitz ersetzt weder die gesetzlichen Planungs- und Genehmigungsverfahren der Regional- und Landesplanung noch sonstige bestehende Fachplanungen.

Ein Anspruch auf Realisierung oder finanzielle Förderung kann daraus nicht abgeleitet werden. Mit dem Plan ist kein Bestand an Fördermaßnahmen oder Programmen festgeschrieben. Die inhaltlichen Beschreibungen und Maßnahmen des Planes zum Net Zero Valley stellen kein Präjudiz für die Bereitstellung von Haushaltsmitteln des Landes Brandenburg und des Freistaates Sachsen dar.

Mit der technologisch-räumlichen Eingrenzung des Valleys und dem vorliegenden Plan sind sämtliche für den Beschluss erforderliche Voraussetzungen als erfüllt anzusehen. Die formale Anerkennung des „Net Zero Valley Lausitz“ als Beschleunigungstal nach dem Net Zero Industry Act kann daher erfolgen.

III. Sonstige Bestimmungen

Mit der Verleihung des Status eines „Net Zero Valleys“ wird das Engagement der Antragsteller bei der Transformation in der Lausitz durch den Freistaat Sachsen und das Land Brandenburg anerkannt und mitgetragen.

Der Beschluss zum Net Zero Valley Lausitz gilt unbefristet. Er kann jedoch jederzeit aus wichtigem Grund widerrufen werden, insbesondere dann, wenn Tatsachen bekannt werden, dass die Festlegungen im Plan nicht ordnungsgemäß umgesetzt werden oder den Vorgaben des Net Zero Industry Acts zuwiderlaufen.

Der Beschluss zur Ausweisung des Net Zero Valley Lausitz wird mit folgenden Auflagen gegenüber den Antragstellern – hier stellvertretend die Stadt Cottbus auf Brandenburger Seite sowie der Landkreis Görlitz auf Seite des Freistaates Sachsen – verbunden:

- 1.) Bei der Öffentlichkeitsarbeit ist eine Verzahnung mit bereits bestehenden Standort- sowie Fachkräftekampagnen im Freistaat Sachsen und im Land Brandenburg sicherzustellen, um größtmögliche Synergieeffekte zu erzielen.
- 2.) Ab dem Jahr 2026 ist jährlich jeweils bis zum 31. März des Folgejahres den zuständigen Stellen der Länder (SMWA und MWAEK) ein ausführlicher Sachstandsbericht vorzulegen. Dieser muss insbesondere Informationen zur Umsetzung der einzelnen Maßnahmen, zum Ansiedlungsgeschehen sowie eine Übersicht über die Verfahrensstände bei der Flächenentwicklung und einen Ausblick über das weitere Vorgehen enthalten. Zudem sind die erforderlichen Umweltinformationen zur Überwachung erheblicher Umweltauswirkungen nach § 45 UVPG bereitzustellen.
- 3.) Im Jahr 2028 ist von den Antragstellern eine Evaluierung des Plans durchzuführen. Diese soll auch eine Empfehlung zur Fortschreibung enthalten. Der Evaluierungsbericht ist den zuständigen Stellen der Länder zur Kenntnis zu geben.

Sächsisches Staatsministerium für Wirtschaft,
Arbeit, Energie und Klimaschutz

Ministerium für Wirtschaft, Arbeit,
Energie und Klimaschutz Brandenburg



Staatsminister Dirk Panter



Minister Daniel Keller

Anlage

Plan Net Zero Valley Lausitz einschließlich Umweltbericht